

Gift-Affäre: „Dann macht es wumm“

Zyankali, Lost, Tabun – die Gefährlichkeit der Stoffe, die Bundeswehr und Polizei letzte Woche in Hamburg-Eidelstedt sicherstellten, wird nur noch von der Sorglosigkeit der Behörden übertroffen. Die Funde in

der Chemie-Klitsche Stoltzenberg brachten die Stadtstaat-Regierung in Bedrängnis und alarmierten in Bonn. Offenkundig wird, daß Spreng- und Kampfstoffe in der Bundesrepublik nur auf dem Papier kontrolliert werden.

Die Firma Stoltzenberg in Hamburg-Eidelstedt war stets gefragt. Die Bundeswehr versah sich dort mit Nebelkerzen, die Hamburger Polizei bestellte Tränengas, und auch die Bühnenausstatter deckten sich dort ein. „Kein Theaternebel“, weiß der Inhaber zu berichten, „der nicht von uns stammt.“

Auf dem Firmengelände zwischen Schrebergärten und dem Volksparkstadion übten Rotes Kreuz und Katastrophenschutz Chemicalarm — mit buntem Rauch über den Opfern, die sich übungshalber tot stellten. Sogar einen Atompilz ließ Firma Stoltzenberg eines Tages hundert Meter in den Himmel wachsen, täuschend ähnlich gedoubelt aus chemischen Zündsätzen.

Bei den Eidelstedtern war manches zu bekommen, was gefährlich ist, vom Phosphor angefangen bis zum Lost, dem Gelbkreuz-Kampfstoff des Ersten Weltkriegs, aber man konnte das Zeug dort auch wieder loswerden. Wenn die Bundeswehr Nebeltöpfe ausmusterte, kamen sie bei Dr. Stoltzenberg in alte

mit Wasser gefüllte Badewannen und wurden so unschädlich gemacht.

Das besorgte Firmeninhaber Martin Leuschner, 66, zumeist allein, gelegentlich mit Hilfe eines zeitweilig beschäftigten Sattlers, der auch für ihn Gasmasken nähte — mehr Personal hatte die Firma zuletzt nicht.

Der gelernte Chemotechniker mit den vielen Einfällen und den vollen Kisten galt seinen Partnern, so drückt sich einer von ihnen aus, als „eine Art verrückter Professor, der sich eben auskannte“. Im Branchenführer „Wer liefert was“ firmierte er als Lieferant für Bromprodukte, die im „Handbuch der gefährlichen Güter“ die höchste Gefahrenziffer führen: „Bereits wenige Atemzüge genügen, um den Tod eines Menschen herbeizuführen.“

Zwar passierte immer mal wieder was. „So etwa einmal im Jahr brannte es da ziemlich regelmäßig“, berichtet die Feuerwehr. Firmengründer Stoltzenberg selber (1974 verstorben) ätzte sich die Hände beim Abzapfen von Lost, Nachfolger Martin Leuschner

büßte durch die Gewalt der Chemie die Nasenspitze ein. Für den Hamburger Chemomixer ist das nicht der Rede wert. Dem SPIEGEL sagte Leuschner letzte Woche: „Wenn man sieht, daß in der Sache keine Brisanz ist, kann man sich ruhig zu Bett legen.“

So störte es den Chemikalienmann auch nicht, daß sein selbstgebastelter Zaun rings ums 2000 Quadratmeter große Areal ständig dünner wurde — „jeden zweiten Tag fehlte wieder eine Latte“. Und daß immer wieder die Jungen aus der Nachbarschaft durchs Loch krochen und das Laborgelände durchstöberten, alarmierte den Firmenchef nicht — auch nicht die Polizeistreifen, die dann gerufen wurden und an der gefährlichen Sicherheitslücke nicht weiter Anstoß nahmen.

Am 6. September starb der achtjährige Oliver Ludwig beim Hantieren mit Chemikalien vom Stoltzenberg-Grundstück.

Seitdem hat die Hansestadt, was einheitlich von links bis rechts der „Hamburger Giftskandal“ geheißt wird. Die

Hamburger Chemiefirma Stoltzenberg, Kampfstofflager: „Luderwirtschaft allergrößten Stils“



„Jeder Betrieb hat seine Eigenarten“

SPIEGEL-Interview mit dem Chemotechniker Martin Leuschner, Inhaber der Firma Stoltzenberg

SPIEGEL: Herr Leuschner, öffentliche Stellen in Hamburg und Bonn äußern sich sehr überrascht über die Zustände in Ihrem Betrieb. Hatten die nicht ständig engen Kontakt zu Ihnen, teils sogar als regelmäßige Kunden?

LEUSCHNER: Für staatliche Stellen habe ich zum Beispiel jahrelang Tränengas hergestellt, für die Bundeswehr allein 40 000 Sprühdosen.

SPIEGEL: Haben Sie damit auch die Hamburger Polizei beliefert?

LEUSCHNER: Ja, voriges Jahr noch.

SPIEGEL: Für welche Behörden haben Sie außerdem gearbeitet?

LEUSCHNER: Nur ein Beispiel, weil alle Welt sagt, sie wüßte von nichts: Da war öfter das Hafengebäude am Telephon — Herr Leuschner, wir haben ein Faß gefunden im Hafen. Vorwiegend kamen die Anfragen von der Wasserschutzpolizei.

SPIEGEL: Und das war so bis in die jüngste Zeit?

LEUSCHNER: Ja.

SPIEGEL: Seit wann bauten Sie Rauchkörper?

LEUSCHNER: Eigentlich immer. Für die Bundeswehr schätzungsweise ab 56/57. Von der 1,5-Kilo-Nebelkerze haben wir etwa 80 000 Stück gemacht. Ein kolossaler Auftrag. In Munsterlager haben wir die vorgeführt. Und da war die Welt begeistert, so was hat noch keiner gesehen.

SPIEGEL: Wieviel wurden insgesamt geordert?

LEUSCHNER: Drei- bis vierhundert Tonnen, schätze ich.

SPIEGEL: Und die haben Sie dann nach Ablauf der Haltbarkeitsdauer zurückgenommen?

LEUSCHNER: Ja. Ich nehme an, bis ungefähr 77.

SPIEGEL: Was haben Sie mit dem Zeug gemacht?

LEUSCHNER: Delaboriert. Das ist das einfachste Ding auf der Welt, wenn man es kann.

SPIEGEL: Wie machen Sie's?

LEUSCHNER: Das versteht kein Mensch, wenn ich das sage. Es ist mit Wasser vermischt worden in alten Badewannen.

SPIEGEL: Wie bitte?

LEUSCHNER: Ja, selbst mit meinen kleinen Möglichkeiten am Tag bis zwei Tonnen.

SPIEGEL: Mit was für Stoffen hatten Sie sonst noch zu tun?

LEUSCHNER: Praktisch mit allem, was Sie sich denken können.

SPIEGEL: Sie hatten auch das Kampfgift Tabun auf dem Hof?

LEUSCHNER: Ja, so etwa 100 Kubikzentimeter.

SPIEGEL: Woher? Kam es im gepanzerten Sicherheitstransport?

LEUSCHNER: Ach was. Das kann man in die Tasche stecken. Ein Herr

von der Bundeswehr brachte es, in einer Glasflasche. Wir benötigten es zum Entwickeln von Gasmaskenfiltern. Aber das schönste: Wir hatten auch eine Ampulle mit 25 oder 30 Kubikzentimeter Sarin, zehnmal so stark wie Tabun.

SPIEGEL: Wozu denn das?

LEUSCHNER: Wir entwickelten ein sogenanntes Kampfstoffspürpulver, eine Art Indikator.

SPIEGEL: Haben Sie Sarin und Tabun in Ihrem offenen Labor verarbeitet?

LEUSCHNER: Es gibt doch kein geschlossenes Labor. Unseres hatte einen Abzug. Da war kein Mensch weiter drin als ich allein. Weil die Gefahr zu groß ist. Und da habe ich täglich nicht länger als eine halbe Stunde damit gearbeitet. Unter einem Abzug und allein. Man kann nicht vorsichtig genug sein mit diesen Dingen.

SPIEGEL: Was haben Sie denn nun mit dem Tabun gemacht?

LEUSCHNER: Zum Beispiel ein Tröpfchen auf ein Stück Papier ge-



Chemiefabrikant Leuschner (mit Stock)*, Polizeibeamte: Gas für die Behörde

* Bei der Bergung von Chemikalien auf seinem Grundstück im schleswig-holsteinischen Hasenmoor.

bracht. Dann habe ich ein bißchen Pulver draufgestreut, ob es funktionierte.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrem Betrieb auch mit dem Kampfstoff Lost hantiert?

LEUSCHNER: Ja, in kleinen Mengen produziert. Lost in Deutschland labortechnisch herzustellen ist nicht verboten. Wir brauchten ja Lost. Wenn Sie einen Filter prüfen wollen, dann müssen Sie doch das entsprechende Material haben.

SPIEGEL: Haben Sie Lost auch verkauft?

LEUSCHNER: Ja, aber nur an die Bundeswehr. Die Bundeswehr hat von uns 15 Kilo bekommen.

SPIEGEL: Lost, Tabun und Sarin gehören zu den Giften, die nach internationalen Verträgen in der Bundesrepublik nicht als Kampfstoff gehalten werden dürfen. Das wissen Sie ja als Chemiker. Sicher haben Sie den Herrn von der Bundeswehr daraufhin befragt.

LEUSCHNER: Aber ich bitte Sie. Wie alt waren Sie, wie Sie Ihren ersten Schnaps getrunken haben? Haben Sie da Ihre Mutter gefragt? Sehen Sie, ich auch nicht. Das ging mich ja gar nichts an im Grunde. Ich war nur der Mann, der damit gearbeitet hat.

SPIEGEL: Wie vertraulich waren diese Geschäfte?

LEUSCHNER: Ich war geheimverpflichtet.

SPIEGEL: Gab es von der Bundeswehr Auflagen, wie Sie mit den Stoffen umzugehen hatten?

LEUSCHNER: Wer soll denn gewußt haben, wie man mit dem Zeug umgeht?

SPIEGEL: Wußte die Bundeswehr wenigstens von den Bedingungen, unter denen Sie experimentieren?

LEUSCHNER: Das war doch denen egal.

SPIEGEL: Und Ihnen? Sie hatten nicht mal einen intakten Zaun ums Gelände.

LEUSCHNER: Jeder Betrieb hat seine Eigenarten. Meiner war in Wirklichkeit nicht gefährlicher als jeder andere.

SPIEGEL: Hatten Sie alle Lizenzen und Genehmigungen, die zu Ihren Arbeiten gesetzlich erforderlich sind?

LEUSCHNER: Ich glaube, die waren alle da, als ich die Firma übernahm. Ich bin kein Schreibtischmensch, die Arbeit, die ich gemacht habe, die hat mich erfüllt, voll und ganz. Also ich habe mich echt nicht darum gekümmert.

SPIEGEL: Hat irgendeine Hamburger Amtsstelle Sie einmal danach gefragt?

LEUSCHNER: Nein.



Polizeieinsatz in Eidelstedt: „So was gibt's gar nicht“

Hinterhofklitsche entpuppte sich als ein Gift- und Sprengstoffarsenal, das Hamburgs sozialdemokratischer Regierungschef Hans Ulrich Klose „erschreckend“ und „erschütternd“ nannte — „so was gibt's gar nicht“.

In der letzten Woche mußten die Stoltzenberg-Anwohner ihre Wohnungen räumen, das Volksparkstadion wurde für Sportveranstaltungen gesperrt. Spezialtruppen der Feuerwehr und Kampfstoffexperten der Bundeswehr räumten ab: Munition, Zyankali, acht Tabun-Granaten, dreißig Liter sonstiges Kampfgas und Berge von Nebeltopfen. Insgesamt 120 Tonnen Gift und Militärgut wurden verladen.

„Wahrscheinlich haben sehr viele Menschen, so traurig das ist, ihr Leben dem toten Jungen zu verdanken“, mußte sich Hamburgs sozialdemokratischer Regierungschef Klose von einem erregten Eidelstedter Bürger zurufen lassen, als er sich Donnerstag letzter Woche einer Protestversammlung stellte. Die immer neuen Gift- und Sprengstoff-Funde, Tag für Tag als Topnachricht im Fernsehen und in den Schlagzeilen der Blätter verkündet, vermittelten den Eindruck, als sei der Stadtstaat gerade noch an der Katastrophe vorbeigekommen — und so ganz abwegig ist das nicht.

Allein die acht Kampfstoff-Granaten, gefüllt mit dem während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland entwickelten Nervengift Tabun, hätten bei einer Explosion den Tod Tausender bedeuten können. „Da rettet nicht einmal das Krankenhaus“, schreibt der Kampfstoffexperte Adolf-Henning Frucht in einem Beitrag für den SPIEGEL (siehe Seite 30). Und wenn, etwa bei einem Brand, alles zusammen bei Stoltzenberg hochgegangen wäre, hät-

ten es nach Expertenansicht wohl an die 10 000 Opfer sein können.

Der Horror blieb eine Vision, dingfest zu machen aber war ein bis dahin in der Bundesrepublik beispielloser Behördenkandal. Vor einem Jahrzehnt schon hätte die Firma dichtgemacht werden müssen. Daß sie immer weiterwursteln konnte, brachte nun den Hamburger Senat in Bedrängnis und Bundesämter ins Zwielicht.

Bürgermeister Klose kündigte öffentlich politische Konsequenzen an und dachte intern über Rücktritt nach — zumindest über den einiger seiner Senatoren. In Bonn war der Hamburger Helmut Schmidt so alarmiert, daß er mehrere Male selber zum Telefon griff und seinen Verteidigungsminister Apel anherrschte: „Hans, wann bekomme ich endlich den Bericht.“

Apel mußte um Geduld bitten. Sein Amt und die Bundeswehr hatten es ebenso schwierig, die Geschäftsbeziehungen mit der Hamburger Hinterhof-firma zu rekonstruieren, wie der Bundesgrenzschutz (BGS), der Kampfstoff-Spürpulver von Stoltzenberg bezog — aber ganz genau läßt sich das alles nicht mehr feststellen; die Akten, über zehn Jahre alt, sind vernichtet, der frühere Leiter der BGS-Beschaffungsstelle ist verstorben.

Sicher ist, daß die Bundeswehr Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre 73 Aufträge im Gesamtwert von 2,3 Millionen Mark an Stoltzenberg vergab, ebenfalls für Kampfstoff-Spürpulver, Übungsmunition, Nebelkerzen, Filter für Schutzmasken — und 15 Kilogramm vom hochgefährlichen Lost waren auch dabei.

Das war, wenn es denn wirklich nur 15 Kilo waren, noch in Ordnung. Mit



Leuschner-Produkt „Atompilz“
 „Ein unentbehrlicher Betrieb“

dem Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) hat sich die Bundesrepublik zwar zum Verzicht auf chemische Waffen verpflichtet. Aber das bezieht sich nur auf die großtechnische Herstellung, nicht auf geringe Mengen, die notwendig sind, um beispielsweise Gasmasken zu testen.

Alles andere als korrekt aber war, wie 1970 das Verteidigungsministerium auf Berichte des Schriftstellers Günter Wallraf reagierte, die Bundeswehr habe von Stoltzenberg 35 Kilo Lost bezogen. Das Ministerium, Chef war damals Helmut Schmidt, dementierte sofort: „Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und auch andere Dienststellen haben zu keiner Zeit weder von der vorgenannten Firma noch von einer anderen Firma in der Bundesrepublik Lost bezogen.“

Schon wenige Tage später, nach genaueren Recherchen, war diese Erklärung nicht mehr zu halten — nur wurde sie nicht öffentlich widerrufen. In den Hardthöhen-Akten ist lediglich vermerkt, daß die zuständigen Behörden über den Lost-Kauf der Bundeswehr informiert wurden und auch die Öffentlichkeit.

Keine Zeitung bekam zu erfahren, daß die Bundeswehr, entgegen der ersten Darstellung, doch Lost von der Firma Stoltzenberg bezogen hatte — allerdings nur 15, nicht 35 Kilo. Und als die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Helga Schuchardt ein Jahr später nach dem Gelbkreuz fragte, erhielt sie vom Senat die Antwort: Westeuropäische Union und zuständige

Bundesorgane hätten kontrolliert, und am Ergebnis sei nichts zu beanstanden.

Für die Hamburger Firma gab es, wie immer, keine unliebsamen Folgen. Dabei hatte schon 1970 das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft den „primitiven und verwahrlosten Zustand“ des Leuschner-Betriebs moniert.

Die Warnung ging an die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, aber nichts geschah — obschon das Sprengstoffgesetz zwingend vorschreibt, daß die Erlaubnis zum Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen zu versagen ist, wenn der Mann im Betrieb „die erforderliche Zuverlässigkeit“ nicht besitzt. Im Betrieb selbst muß „Vorsorge gegen schädliche Umweltwirkungen“ getroffen sein — so das Bundes-Immissionsschutzgesetz. Heißt: Selbst bei mildester Anwendung der Gesetze müßte ein chaotischer Chemiemischer unverzüglich die Lizenz verlieren.

Nicht daß die Firma ein paar Kilo Lost für die Bundeswehr herstellte, macht denn auch letztlich den Skandal aus, sondern daß sie unter gemeingefährlichen Bruchbuden-Bedingungen betrieben werden konnte. Nie beispielsweise wurde kontrolliert, ob der Betrieb weit mehr Lost hergestellt hatte. Und genauso schludrig, wie es während der Herstellung von Sprengsätzen, Räucherwaren und Kampfstoffen bis Ende der sechziger Jahre zuing, so ging es in jener Sparte zu, die die Firma seitdem bevorzugte und die sie für die Branche wie für Behörden so „unentbehrlich“ machte: die Unschädlichmachung („Delaborierung“) von altem Kriegszeug.

Jedes Jahr sortiert die Bundeswehr mehrere tausend Tonnen brisanten Abfalls aus — Bomben und Granaten, Minen und Nebelkerzen, die nicht

mehr für den Ernstfall taugen. Das Schieß-, Spreng- und Rauchzeug wird, wenn alles seine Ordnung hat, von staatlichen Stellen wie von Privatfirmen entschärft, weiterverwertet oder endgültig gelagert.

Aber damit hat sich's nicht: Tonnenweise fällt alljährlich noch immer Kriegsmüll an, Restbestände aus den beiden Weltkriegen. Wieviel davon in der Bundesrepublik noch herumliegt, weiß niemand genau. „Und wo überall finden wir nicht was“, stöhnt Arno Röver, Leiter des niedersächsischen Kampfmittelbeseitigungsdienstes, „das ist sagenhaft.“

Allein in Nordrhein-Westfalen wurden bis Ende letzten Jahres 169 228 Bomben, 71 064 Minen, 10,7 Millionen Granaten, über acht Millionen Handgranaten und Panzerfäuste und noch einmal zehn Millionen sonstiger Sprengkörper sowie 5600 Tonnen Munition für Handfeuerwaffen entdeckt.

Und erst um die Jahreswende 1975/76 wurde in der Wahner Heide bei Köln ein sogenanntes Kampfgas-Grab geräumt. 8,4 Tonnen Giftgas der hochgefährlichen Sorten Gelbkreuz, Blaukreuz sowie Lost in Granaten aus dem Ersten Weltkrieg wurden da ausgebuddelt und der Bundeswehr zur Vernichtung übergeben. Es war, mit Sicherheit, nicht der letzte Giftthort im Bundesgebiet.

Da gibt es, räumt das bayrische Innenministerium ein, zum Beispiel eine „Fundstelle von Lostsprühbüchsen in einem Waldgelände etwa einen Kilometer von der nächsten Siedlung“ und einen „gesicherten Stollen“ mit einer „größeren Menge“ des Reizstoffes Clark. Beide Plätze werden geheimgehalten.

Völlig unerreichbar scheint eine Riesenmasse an Kampfstoffen, die nach



Leuschner-Produkt Nebeltöpfe, Produzent: Qualm vom Professor



Schuppenflechte

können Sie jetzt ganz ohne Medikamente bequem und unabhängig

mit dem METEC-Helarium zuhause behandeln.

Das genau auf die Psoriasis abgestimmte, ultra-violette Spektrum dieser künstlichen Sonne kann Sie jetzt erscheinungsfrei werden lassen

Zum Testen bieten wir Ihnen ein 3-wöchiges

Rückgaberecht

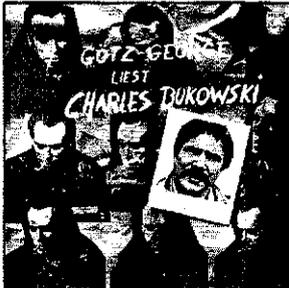
gegen geringe Bearbeitungsgebühr (95% der Geräte werden behalten!)

METEC

MEDIZIN TECHN. GESELLSCHAFT MBH
Buttermeierstr. 15c D-8000 München 5
Tel. (089) 22 72 71-72

Für Österreich zuständig:
Klafs Ges.mBH Hartmannngasse 10
A-1050 Wien - Tel. (0222) 558166-67

Hör-Erlebnisse!



provokative Texte



poetische Lieder

2 außergewöhnliche PHILIPS-Schallplatten

aus dem Hause

phonogram 

dem letzten Krieg von den damaligen Siegern in die Nord- und Ostsee gekippt oder auch mit dem Schiff versenkt wurden.

Was immer aber von all dem Zeug gefunden und geborgen wird — man wird es nicht los. Es fehlt an brauchbaren Verfahren zur massenhaften Vernichtung von Kampfstoffen, und so wird das meiste davon einstweilen auf dem Bundeswehrplatz in Munster zwischengelagert.

Rund 70 Tonnen Gift sind dort nach Bonner Angaben aufgetürmt, und so ähnlich ging es in Munster schon immer zu. Auf einer Fläche von 650 Hektar wurde hier bereits 1916 der „Gasplatz Brehloh“ für die Produktion und Erprobung von Kampfmitteln hergerichtet.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zwar alle Anlagen auf Anordnung der Engländer zerstört, Kampfstoffe und Munition aber, so Oberst Günter Piepgras, Kommandant des Truppenübungsplatzes und Leiter der Aufräumarbeiten bei Stoltzenberg in Hamburg, „unsachgemäß“ vernichtet und dadurch das Gelände „zusätzlich verseucht“.

Neues Gift wird ständig obendrauf gestapelt, und erst 1981, wenn eine spezielle Verbrennungsanlage in Betrieb geht, ist an Abbau zu denken. In dem Ofen, für den es Vergleichbares weder in der Bundesrepublik noch „im westlichen Ausland“ (Piepgras) gibt, sollen die tödlichen Moleküle „durch Wärme auseinanderbrechen“.

Gleich neben dem Giftgaslager in Munster, wo die Kampfmittelbeseitigungstruppe der Bundeswehr ihr Wappen mit der Inschrift „Bei strenger Pflicht getreu und schlicht“ aufgestellt hat, wird auch heute wieder, mit Kampfgiften hantiert. Da werden „wissenschaftliche Untersuchungen und Studien auf dem ABC-Gebiet“ vorgenommen, wird beispielsweise an „Belüftungsanlagen für Panzerfahrzeuge“ experimentiert. Und „bestimmte Fragen“, versteht sich, sind „nur über den Tierversuch zu klären“, etwa mit Mäusen und Ratten, Kaninchen und Zwergschweinchen.

Die Testmengen, so Verteidigungsstaatssekretär Karl Schnell, werden „grammweise“ bei „befreundeten Mächten beschafft“, darunter auch, sagt ein Chemiker, Soman, Sarin und Tabun. Zumindest 1966 aber zählte auch noch die Firma Stoltzenberg zum Hersteller- und Lieferantenkreis.

Das Hamburger Unternehmen gehörte zu den ständigen Kunden der Bundeswehr — wenn auch zumeist nur indirekt. Formal gab es da kaum eine Beziehung und mithin auch keine Verantwortung dafür, wie es bei Stoltzenberg zugeht. Denn die Bonner Verteidiger bedienen sich, wenn sie ihren Munitionsmüll beseitigen wollen, eines Zwischenhändlers.

Ausgesondertes Schießzeug wird, wie anderes Gerät vom „Starfighter“ bis zum Schnürschuh, über die bundeseigene Verwertungsgesellschaft mbH (Vebe) in Frankfurt vergeben. Diese Staatsfirma sucht per Ausschreibung geeignete private Betriebe, mit denen sie dann Verträge über die Delaborierung der Munition abschließt. Das Gros der Aufträge geht an die Firma Kaus & Steinhausen in Hamburg.

Dort, in Hamburg und anderswo, endet erst einmal die amtliche Zuständigkeit. Was mit den Granaten dann geschieht, kümmert die Bundeswehr wenig, und auch die Vebe verliert die Ware schnell aus den Augen.

Gewiß: Da müssen nach Paragraph 12 des Kriegswaffengesetzes die Delaborierungsfirmen in einem Kriegswaffenbuch vermerken, welche Mengen angenommen und welche wann ver-



Hamburger Bürgermeister Klose
„Erschreckend, erschütternd“

nichtet worden sind. „Das melden die uns monatlich“, lobt Vebe-Geschäftsführer Hans-Joachim von Przychowski die reine Buchkontrolle.

Überdies müssen Kopien der Kriegswaffenbücher halbjährlich an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn im Taunus übersandt werden, das im Auftrag des Bundeswirtschafts- oder des Verteidigungsministeriums die Weiterverwertung formal überwacht. So nimmt das Amt Einsicht in Vernichtungsprotokolle, in denen etwa vermerkt ist, daß von 10 000 Granaten nunmehr 500 unschädlich gemacht seien.

Was aber unterdessen tatsächlich mit dem Kriegsgerät geschehen ist, wird kaum mehr kontrolliert, Hauptsache, es steht auf dem Papier. „Bei 50 000 Granaten“, meint Vebe-Geschäftsführer Przychowski, „kann ich natürlich nicht die Kisten aufmachen und nachzählen.“ Und natürlich will er auch

„nicht mit dem Spaten“ zu den Firmen „hingehen und nachprüfen, ob irgendwas was vergraben ist“.

Allein in den vergangenen drei Jahren wurden 12 974 Tonnen Munition auf diese Weise abgesetzt. Kaus & Steinhausen zum Beispiel delaboriert den Sprengstoff unweit eines Kernkraftwerkes, einer Großchemieanlage und einer Aluminiumfabrik. „Alles, was die Bundeswehr an Munition loswerden will, nehmen wir“, sagt Geschäftsführer Rudolf Schüren.

Über dieses Unternehmen wiederum nahm es die Firma Stoltzenberg, die sich vornehmlich um die Entschärfung der bei Kaus & Steinhausen angelieferten Nebelkörper kümmerte — weil, so Schüren, „Leuschner der Fachmann für die Nebelmasse war“. Ob der mit der Masse fertig wurde oder was er sonst trieb, beschwerte den General-

Zuständig sind da zwar vor allem die lokalen Gewerbeaufsichtsämter, aber wer nicht noch alles: die Wirtschafts- und Umweltschutzbehörden, die Bau- und Gesundheitsämter, die Polizei wie die Feuerwehr. Und diese Teilzuständigkeit ohne Gesamtverantwortung war es wohl auch, was die Affäre Stoltzenberg erst möglich machte.

Schon die westdeutschen Gewerbeaufsichtsämter sind nur selten ihrer gesetzlich verordneten Aufgabenvielfalt gewachsen. Sie sollen den technischen und den sozialen Arbeitsschutz kontrollieren, den allgemeinen Gefahren wie den besonderen Strahlenschutz. In Hamburg etwa hat jeder Beamte über 1000 Betriebe zu überwachen, den Schuster an der Ecke wie den chemischen Großbetrieb. Da soll etwa unzulässige Nachtarbeit unterbunden oder eine neuentwickelte Maschine begut-

dem Motto bewältigt „Soviel Privatinitiative, wie möglich — sowenig Behördeneingriffe, wie nötig“.

Genauso, im schlimmsten Sinne dieser Umschreibung, gingen die Ämter mit der Firma Stoltzenberg zu Werke. In eine mehrjährige Serie von Kontrollpannen waren zahlreiche Hamburger Dienststellen verwickelt — „bis auf Schulbehörde und Bonner Vertretung eigentlich alle“, wie Bürgermeister Klose gequält scherzte. Nachgewiesen sind in der Affäre die Spuren der Wirtschaftsbehörde, der Arbeits- und Sozialbehörde, der Baubehörde, des Bezirksamts, der Gewerbeaufsicht, der Polizei, der Feuerwehr. Gleichwohl blieb die Eidelstedter Firma unbehelligt.



Stoltzenberg-Unfall 1928, Rettungseinsatz*: „Und der Menschheit ward beschieden bestes Phosgen-Gas“

unternehmer nicht. Schüren: „Wir hatten von Leuschner eine Vernichtungsbeseinigung, das genügte.“ Von der Weitergabe, da ist sich der Geschäftsführer sicher, mußte weder die Vebeg noch sonstwer unterrichtet werden, das war eben für ihn ein „normaler geschäftlicher Vorgang“.

Inzwischen praktiziert Kaus & Steinhausen längst selbst das Leuschner-Verfahren und delaboriert das Nebelpulver „in rauen Mengen“. Die Bundeswehr kümmert es ohnehin nicht, wer was vernichtet. Und die staatliche Vebeg blickt allenfalls bis zur Firma Kaus & Steinhausen. „Die kommen schon mal sporadisch“, sagt Schüren, „manchmal alle zwei Monate“, mitunter aber auch nur „einmal im Jahr“.

So lapidar, wie die Bundesstellen sich des Kampf- und Sprengstoffs entledigen, so oberflächlich mutet die zivile Überwachung der Betriebe an, die, wie etwa die Giftfirma Stoltzenberg, mit dem Wehrschrött hantieren.

* Aus der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“.

achtet werden, es geht um die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzes und Tausender Normen nach DIN.

Der Prüfer müßte, wollte er alle Verpflichtungen hinreichend wahrnehmen, ein halber Jurist und ein ganzer Polizist sein, eine Menge von Technik und von Psychologie verstehen und vor allem eine durchsetzungsfähige Persönlichkeit sein. Doch selbst wenn es um die Qualität der Kontrolleure besser stünde, käme jeder Betrieb nur alle paar Jahre mal zur Revision dran.

Diese allgemein prekäre Situation der Gewerbeaufsicht erklärt andererseits jedoch nicht annähernd die Behördenschlamperei, die es der Firma Stoltzenberg ermöglichte, nahezu unbeanstaltet und jahrzehntelang unter chaotischen Umständen mit gefährlichen Stoffen zu hantieren. Wie schiere Ironie nimmt sich aus, daß Hamburg laut Kumpf/Maas/Straub, dem Standard-Nachschlagewerk der Müllbeseitigungsbranche, seine Abfallprobleme nach

Zwar gab es stets Routinekontrollen, und auch Geländebegehungen nach Zwischenfällen und Beschwerden. Ohne Resultat. Jahrelang verletzten die Behörden ihre Pflichten, indem sie

- ▷ die erkannten und erkennbar hochgefährlichen Mißstände nicht abstellten und
- ▷ die Genehmigungsvorschriften von Sprengstoff- und Immissionsschutzgesetz nicht anwandten.

„Eigentlich waren alle mal beim Stoltzenberg, ziemlich häufig sogar“, beschrieb ein Senats-Untersucher das Tohuwabohu der Beamten. „Und aufgeschrieben hat auch jeder was.“

Doch Protokolle, Mängellisten und Absichtspapiere blieben, soweit sie nicht sogleich im Amtsaparat verschwanden, unerledigt. Lediglich die Polizei gab sich nicht mit eigenen Beanstandungen zufrieden, sondern setzte nach, als nichts geschah — vergebens.

Der umfanglichste der polizeilichen Beschwerdebögen umschrieb ein wahr-



Giftmüll-Lager in Munster
„Über Eidelstedt wäre es ...“

res Schlachtfeld. Gerügt wurden unter anderem: Gelände unzureichend gesichert, dicht am Zaun Kistenstapel mit aufgedruckter Warnung vor ihrem explosiven Inhalt, Flaschen und Behälter mit chemischen Substanzen allenthalben sichtbar. Ein anderes Mal schloß die Polizeibeschwerde fast schon resignierend: Wenn überhaupt „der äußere Augenschein einen zuverlässigen Eindruck“ vom Sicherheitsstandard einer Firma ergäbe, sei „nachhaltiger Zweifel im vorliegenden Fall“ angebracht.

Typisches Schicksal eines amtlichen Vorstoßes: 1976 beantragt die Polizei, Stoltzenbergs altes Gemäuer als Betrieb mit hoher Eigengefahr einzustufen. Die Feuerwehr, erster Adressat, stimmt zu, schränkt aber ein, eine Einsatzplanung erübrige sich wohl, da nach Eignerauskunft der Betrieb 1977 ohnedies geschlossen werde.

Nun wandert der Vorgang zum Amt für Arbeitsschutz. Dort wird die Beurteilung der Feuerwehr aufgegriffen („Gemeinsame Einsatzplanung nicht nötig“) und die Akte erst einmal geschlossen. Der Bearbeiter: „Ich rege an, den Betrieb im Frühjahr 1978 wieder zu prüfen.“

Da er zu dem Zeitpunkt aber schon geschlossen sein sollte, blieb er ungeprüft. So machte das Haus Stoltzenberg weiter. Für Martin Leuschner blieb es stets bei Auflagen, die er erfüllte — sagt er, und so sahen es wohl auch die Behörden. „Hinterher erklärte mir niemals einer, daß er mit dem Betrieb unzufrieden wäre.“ Offenkundig galt die Firma nicht nur in der Branche als, so umschreibt es Hamburgs Chef-Untersucher Peter Rabels, „in gewisser Weise unentbehrlicher Betrieb“.

Das war sie einst schon für Kaiser und Führer gewesen. Firmengründer Dr. Hugo Stoltzenberg war einer der aktivsten Erfinder und Produzenten von Nervengas für die deutschen Kriegarsenale. Giftgasexperte Hugo Stoltzenberg, weltweit gefragte Kapazität für Menschenvernichtung, beriet „in allen Spannungsgebieten der Welt die Herrschenden beim Gaseinsatz“, wie sich ein Bekannter aus jenen Tagen erinnert. Er verkaufte Kampfstoffe und auch gleich die Gasmasken dazu. Er beriet mittelamerikanische Diktatoren wie sowjetische Generale (denen er eine Gasproduktion aufbauen half), er bereiste rebellenbedrohte Kolonialländer und das japanische Kaiserreich.

Schon einmal, 1928, krachte es verhängnisvoll in Stoltzenbergs Hamburger Giftfabrik. Trotz Verbot durch die Versailler Bestimmungen war dort das Kampfgas Phosgen produziert worden. Nach der Explosion zog eine Gaswolke über Hamburg und tötete zehn Menschen. Und die Agit-Prop-Gruppe „Rote Raketen“ reimte darauf: „Doch im allertiefsten Frieden / explodierte was / und der Menschheit ward beschieden / bestes Phosgen-Gas“.

Carl v. Ossietzky nannte in der „Weltbühne“ Behördendummheit und Geschäftemacherei als Ursache. Aber auch sonst war schon damals der Ruf der Firma Stoltzenberg — weitere Parallelen zum jüngsten Skandal — nicht der beste. Reichswehrführern erschien der Giftgas-Doktor unverlässlich, und die Parlamentsdebatte nach der Explosion von 1928 brachte seiner Fabrik den SPD-Vorwurf „Luderwirtschaft allergrößten Stiles“ ein.

Nach 1945 machte Stoltzenberg weiter, nun in kleinerem Rahmen. Auf seinem Gelände stapelten sich, hier und da, Restbestände von Munition und

Kampfstoffen aus dem Krieg. Sein Mitarbeiter Leuschner, der vom Gründer die Firma übernahm, will freilich mit Sprengstoff und Munition, die da letzte Woche gefunden wurden, nach eigenem Bekunden auf dem Gelände nicht umgegangen sein. Daß dergleichen in Massen vorhanden gewesen war, wußten allerdings Leuschner wie auch die Behörden, seit schon 1959 bei Straßenbauarbeiten rings ums Stoltzenberg-Gelände große Mengen von Kampfstoff und Granaten entdeckt worden waren.

Dabei barg bereits die Rauch- und Nebelproduktion Gefahren genug. Pyrotechnik wie auf Leuschners Fabrikhof gilt im Jargon der Gewerbeaufsicht als „Kamikaze-Chemie“. Anders als Schußwaffenmunition geht Feuerwerksgerät mitunter bereits durch elektrische Aufladung in die Luft. „Dann macht es allenfalls wumm“, meint Leuschner. Ein norddeutscher Chemiefabrikant dagegen: „Dies ganze Nebelkörperlager auf einmal in Flammen, dann wäre es über Eidelstedt für lange Zeit dunkel geworden.“

Nicht zuletzt die ständigen Geschäftskontakte mit öffentlichen Stellen haben nach Brancheneinschätzung dem schlamperten Betrieb ernsthafte Interventionen von Amts wegen erspart. „Wenn einer den Behörden so lästige Sachen abnimmt“, mutmaßt ein langjähriger Kunde der Firma Stoltzenberg, „dem fährt man doch nicht an den Wagen.“

Firmenchef Leuschner betrachtet, guten Gewissens, die Dinge gerade umgekehrt. Denn den langjährigen milden Zuspruch der Beamten empfand der Pulvermann mehr als nörgelnde Schikane. Leuschner erzürnt: „Wenn die was finden wollen, finden die doch immer was.“



... für lange Zeit dunkel geworden“: Giftmüll-Bergung in Hamburg